

## Bericht der Kreisfraktion DIE LINKE Marburg-Biedenkopf der Kreistagssitzung vom 02.06.2023

Die Sitzung des Kreistags vom 02.06.2023 war neben einigen kleinen Anträgen zu Satzungsänderungen und Bauvorhaben durch das Verschieben und Absetzen von Anträgen geprägt, sowie von einer Debatte um die neue Geschäftsordnung des Kreistags.

Unseren Antrag „*Erhalt des DRK-Krankenhauses Biedenkopf: Krankenhausversorgung in der Fläche sicherstellen*“ haben wir zurückgezogen, da es große Bedenken gab, wie dies in der Öffentlichkeit wirkt und ob es den Druck auf das DRK-Krankenhaus Biedenkopf verstärkt. Natürlich wollen wir nicht, dass sich die Situation für das DRK-Krankenhaus weiter verschlechtert. An den inhaltlichen und politischen Forderungen des Antrags halten wir als Fraktion DIE LINKE jedoch fest. Wenn das DRK-Krankenhaus in Biedenkopf seine gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung einstellen muss, werden die Auswirkungen für Patienten und Angehörige ebenso wie für den Rettungsdienst und damit den Landkreis sehr schwerwiegende Folgen haben. Gegenwärtig werden im Jahr 2.700 - vom Rettungsdienst zugewiesene - Patienten in Biedenkopf versorgt. Diese Patienten könnten nicht kurzfristig durch das UKGM Marburg oder das Diakoniekrankenhaus-Wehrda mitversorgt werden. Insgesamt betreut das Haus rund 5.000 stationäre und 2.500 ambulante Patienten pro Jahr. Neben dem DRK-Krankenhaus in Biedenkopf stehen das Universitätsklinikum und das Diakonie-Krankenhaus in Marburg bereit. Diese drei Krankenhäuser sind übereinstimmend der Auffassung, dass der Notfall- und Rettungsdienst im Landkreis Marburg bei Wegfall eines Versorgungsstandortes seine Leistungsfähigkeit überschreitet. Und auch die Koalition aus SPD und CDU haben in ihren Vereinbarungen als ein Ziel ihrer Zusammenarbeit formuliert: „*Das Krankenhaus in Biedenkopf ist unverzichtbar*“. Wir sind für den Erhalt und die Stärkung der bestehenden regionalen Kliniken in Bad Endbach, Biedenkopf und Marburg. Daran muss man sie weiter erinnern.

Ansonsten haben wir der Förderung des Dokumentations- und Informationszentrums (DIZ) in Stadtallendorf zugestimmt. Die Gedenkstätte des Rüstungsaltsstandortes Stadtallendorf ist ein wichtiger Erinnerungsort der Region und des Landes Hessen über die Zeit des Nationalsozialismus und des Umgangs mit diesem Erbe nach 1945: Tausende Arbeitskräfte wurden für den Bau und Betrieb der Sprengstoffwerke während des Krieges gebraucht. Dabei wurden 17.500 Menschen, Frauen wie Männer und sogar Kinder, aus über 20 Nationen zur Zwangsarbeit in die Allendorfer Werke verschleppt. Darunter waren 6.500 Kriegsgefangene, 600 Strafgefangene und 1000 KZ-Häftlinge. Die Aufarbeitung und Darstellung dieser Geschichte halten wir für notwendig und unterstützen den Antrag der Koalition die Weiterentwicklung des Dokumentations- und Informationszentrums (DIZ) Stadtallendorf durch die Förderung der Projekt-Skizze „Rüstung.Stadt.Wandel“ durch Bundesmittel zu finanzieren.

Ansonsten haben wir folgende thematische Schwerpunkte eingebracht:

**TOP 18: Einfacher Bezug des 31 Euro Tickets für Gering-verdienende sicherstellen und Bewerbung des Förderprogramms zur Ersetzung technischer Geräte intensivieren**

Zum Landtagswahlkampf und vermutlich als Wahlkampfgeste hat die schwarz-grüne Landesregierung beschlossen, für Menschen im Sozialleistungsbezug eine Vergünstigung des 49 Euro Tickets ab August anzubieten. Ab August 2023 soll der sogenannte "Hessenpass mobil" erhältlich sein. Als Nachweis für die Berechtigung sollen Empfänger von Bürgergeld, Sozialgeld oder Wohngeld ein entsprechendes Schreiben erhalten. Noch ist das genaue Verfahren nicht abgestimmt.

Unklar bleibt, wie einfach das Ticket bezogen werden kann. Das Online Ticket in der RMV go App und der Bahn App ist nur als kündigbares Dauerabo verfügbar. Man muss dazu ein aktuelles Smartphone besitzen. Der Erwerb des Tickets ist an eine negative Schufa Auskunft bzw. gültige Kreditkarte geknüpft. Die Beantragung einer RMV Chipkarte braucht einen ganzen Monat Vorlauf und ist ebenso an eine Abo und eine gültige Kontoverbindung geknüpft. Damit schließt man Personen ohne festen Wohnsitz sofort aus. Allerdings auch Menschen, die öfter mal kein gedecktes Konto haben und das 31 Euro Ticket nicht jeden Monat beziehen wollen. Hier sollte dringend nachgebessert werden. Z.B. war unser Vorschlag über ein Drittkonto der Diakonie Abhilfe zuschaffen. Ebenso sollten Menschen im Sozialleistungsbezug auf das im Klimaschutzbeirat vorgestellten Programm zum Austausch alter Elektrogeräte hingewiesen werden.

Obwohl alle diese Vorhaben in der Zukunft liegen, plädierte die große Koalition dafür den Antrag für erledigt zu erklären. Die Grünen baten daraufhin um die Einberufung des Ältestenrats und die Sitzung wurde unterbrochen. Man einigte sich darauf den Antrag in den November zu schieben. Günstig, für alle anderen Parteien, da diese Sitzung nach dem Landtagswahlkampf liegt und dementsprechend weniger Beachtung finden wird.

### **TOP 19 „Für ein friedliches Miteinander: Bombendrohung anlässlich des Zuckerfestes verurteilen“**

Die freie Ausübung der Religionen ist Grundvoraussetzung für dieses gute Miteinander. Der Kreistag erklärt sich solidarisch mit der islamischen Gemeinde in Marburg und allen Menschen, die das Zuckerfest aufgrund der Bombendrohung nicht angemessen feiern konnten.

In einem Resolutionsantrag hatte die Fraktion DIE LINKE gefordert sich solidarisch mit der islamischen Gemeinde in Marburg zu erklären und die Bombendrohung auf die islamische Gemeinde während des Zuckerfestes in Marburg auf das Schärfste zu verurteilen. Zum Hintergrund:

In einem anonymen Drohschreiben wurde angekündigt, dass am Freitagmorgen (21. April 2023) drei Bomben im Georg-Gaßmann-Stadion in Marburg ferngezündet werden sollen. Dort sollte das Ende des Ramadans mit dem Zuckerfest gefeiert werden. Die muslimische Gemeinde musste die geplante Feier im Gaßmann-Stadion nach einem Großeinsatz der Polizei absagen.

Die Bombendrohung hat nicht nur unzählige Menschen in Angst und Schrecken versetzt, sie ist auch Ausdruck eines menschenverachtenden, intoleranten und rückwärtsgewandten Weltbildes, welches in unserem Landkreis keinen Platz haben sollte. Deswegen hatte die Fraktion DIE LINKE

gefordert sich zum weltoffenen, toleranten und multikulturellen Landkreis zu erklären, in dem Menschen aus der ganzen Welt friedlich zusammenleben.

Das Wort multikulturell war der CDU offenbar zu viel, denn in dem Änderungsantrag der großen Koalition wurde dieses Wort gestrichen, aber ansonsten unser Text fast wortgleich übernommen. Trotz diesen Umstands haben wir nicht darauf beharrt unseren Antrag aufrechtzuerhalten und sind dem Antrag der Koalition beigetreten, der als Antrag von SPD, CDU, LINKE, dem Einzelabgeordneten der Piratenpartei & Liberale zur Abstimmung gestellt wurde und ohne Gegenstimmen verabschiedet wurde.

### **TOP 13 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Antrag des Abgeordneten Detlef Ruffert, SPD-Fraktion, betreffend „II. Änderung der Geschäftsordnung für den Kreistag des Landkreises Marburg-Biedenkopf“**

In einem Änderungsantrag plädierte die Fraktion DIE LINKE Minderheitenrechte zu respektieren und Partizipationsmöglichkeiten für Einzelabgeordnete und Gruppierungen in den Sitzungen des Kreistags und den Ausschüssen nicht weiter einzuschränken. Unsere Forderung war, dass alle Einzelabgeordneten zum Ältestenrat "mit beratender Stimme" eingeladen werden und alle Mitglieder des Kreistags in den Ausschüssen Rederecht haben.

Es ist widersinnig auf hessischer Ebene das Kommunalwahlrecht so zu ändern, dass es keine 5% Hürde gibt und man somit eine größere Vielfalt von Listen und Gruppen aktiv fördert, aber auf der Ebene des Kreistages Mitwirkungsmöglichkeiten von Gruppen ohne Fraktionsstatus und Einzelabgeordneten systematisch einschränkt: d.h. kein Rederecht in Ausschüssen und im Ältestenrat (bzw. nur in Ausnahmefällen) und kein Recht eine Sitzung zu unterbrechen. Seit Corona vereinbart der Ältestenrat zu jedem Tagesordnungspunkt grundsätzlich nur 3 Minuten und damit sehr eingeschränkte Redezeiten in der Kreistagsitzung. Einzelabgeordnete haben somit nur 90 Sekunden für einen Redebeitrag. In Ausschüsse werden sie nur eingeladen, wenn ein Antrag eines Einzelabgeordneten auf der Tagesordnung steht und ob das Rederecht erteilt wird oder nicht, obliegt dem/ der Vorsitzenden des Ausschusses.

Außerdem plädiert die LINKE für die Beibehaltung von Änderungsanträgen und nicht für die Einführung von "Konkurrenzanträgen", die es nicht mehr ermöglichen Punktweise abzustimmen ohne einen weiteren Änderungsantrag einzubringen. Das macht unseres Erachtens das Verfahren nicht einfacher. Darüber hinaus sind wir für die Aufnahme "großer Anfragen" auf die Tagesordnung des Kreistags. Diese werden nur noch in Ausschüssen behandelt, wo keine Presse vertreten ist.

### **TOP 14 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Antrag des Abgeordneten Dr. Michler betreffend Fachtag, Filmberichterstattung von Kreistagssitzungen – Pro und Kontra‘**

Da die Filmberichterstattung von Kreistagssitzungen schon ausführlich in verschiedenen Gremien diskutiert wurde und die Verwaltung diesbezüglich verschiedene Optionen geprüft hat und konkrete Vorschläge aufzeigt, sieht die Fraktion DIE LINKE die Durchführung einer Fachtagung

zum Thema Filmberichterstattung für überflüssig an und fordert eine neue Regelung im Kreistag umzusetzen:

Generelle Film- und Tonaufnahmen des Rednerpults durch die Verwaltung bzw. einen beauftragten Dienstleister anzufertigen und einen Livestream entweder durch die Kreisverwaltung oder einen Drittanbieter aufzunehmen, der auf die Webseite des Landkreises – nach der Sitzung - hochgeladen wird.

Denn in einem ehrenamtlich tätigen Gremium muss die Möglichkeit bestehen, dass Abgeordnete der Veröffentlichung ihres Redebeitrags widersprechen. Dies wäre somit technisch umsetzbar und möglich. Außerdem wäre mit einer Gesamtaufzeichnung des Redebeitrags gesichert, dass man nicht einzelne Sätze aus dem Zusammenhang reißt und verfälscht. Dies waren die wesentlichen Gesichtspunkte warum viele Kreistagsmitglieder gegen einen Livestream waren. Aber auch mit diesen vorgenommenen Anpassungen war die große Mehrheit des Hauses gegen den Änderungsantrag der LINKEN.

Zu den Original-Vorlagen:

[https://marburg-biedenkopf.ratsinfomanagement.net/tops/?\\_=UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZTY0r1r8186G9h1QSBWJNXq](https://marburg-biedenkopf.ratsinfomanagement.net/tops/?_=UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZTY0r1r8186G9h1QSBWJNXq)

Bericht der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Marburg-Biedenkopf,